

# Strategische Sozialplanung und passgenaue Projekte

Kommunalverwaltung und freie Träger in Kooperation



Bau von Hochbeeten im Quartier Oberstark. Quelle: Stadt Stolberg

Hinweis: Dieses Bild wurde vor der Corona-Pandemie aufgenommen.

Das Team Armutsbekämpfung und Sozialplanung der G.I.B. unterstützt die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der kleinräumigen Sozialberichterstattung und der Entwicklung ressort- und institutionsübergreifender Arbeitsstrukturen, die geeignet sind, komplexe Herausforderungen in den Sozialräumen zu bearbeiten. Zugleich begleiten die Beraterinnen und Berater des Teams Projekte und Träger im Rahmen des Landesprogramms „Zusammen im Quartier (ZiQ)“ bei der Umsetzung ihrer Vorhaben. Mit dem ZiQ-Programmaufruf stellt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) bis Ende 2020 jährlich acht Millionen Euro aus Landesmitteln und Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für Projektförderungen zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut in besonders benachteiligten Quartieren sowie zur Sozialplanung zur Verfügung. Um geeignete Angebote vorhalten zu können, die den unterschiedlichen Bedarfen der von Armut belasteten und bedrohten Kinder, Jugendlichen und Familien gerecht werden, ist das Zusammenwirken verschiedener Akteure erforderlich. Dabei ist die strategische Sozialplanung ein Instrument, um wichtige Themen in diesem Kontext aufzudecken und Entwicklungsprozesse anzustoßen. Von großer Bedeutung ist hier die optimale Kombination von Planung auf der einen und Projektarbeit auf der anderen Seite. Genau damit befassten sich ZiQ-Zirkeltreffen in Essen und Dortmund. Neben einer kurzen allgemeinen Einführung wurde das Thema durch zwei Praxisbeispiele konkretisiert.

Wer in der Kommune oder im Kreis ergreift die Initiative? Das Sozialdezernat? Das Jugendamt? Mehrere Ämter gemeinsam? Oder die Politik? Egal, wer: Entscheidend ist, überhaupt einen strategisch ausgerichteten Sozialplanungsprozess in Gang zu setzen. Denn eine strategische, ressort- und institutionenübergreifend abgestimmte Sozialplanung hat einen großen Vorteil: Auf der Basis einer kleinräumigen Analyse gelingt es, die Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger abzubilden und Gebiete zu identifizieren, in denen die Lebensbedingungen verbessert werden müssen.

Trotzdem ist noch längst nicht in jeder Kommune Nordrhein-Westfalens eine strategische Sozialplanung etabliert. Das gilt vor allem für die Kreise. Grund dafür sind heterogene Datenverfügbarkeiten, unterschiedliche Planungszuständigkeiten, stark divergierende Größenklassen hinsichtlich der Einwohnerzahl sowie unterschiedliche verwaltungsrechtliche und politische Verhältnisse in den kreisangehörigen Kommunen und Gemeinden.

## Sozialplanung auf Wohnplatzebene: Rheinisch-Bergischer Kreis

Im nordöstlich von Köln auf der rechten Rheinseite gelegenen, teils städtisch, teils ländlich geprägten Rheinisch-Bergischen Kreis mit rund 280.000 Einwohnern ist es schon vor Jahren gelungen, vormalis isolierte Fachplanungen zu einer abgestimmten Gesamtstrategie zu verbinden. Veröffentlicht ist sie in einem Sozialbericht als wesentlicher Bestandteil eines Sozialplanungsprozesses, den die kreisangehörigen Kommunen, die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und das Jobcenter Rhein-Berg gemeinsam gestalten.



Hinweis: Dieses Bild wurde vor der Corona-Pandemie aufgenommen.

Spielaktion im Quartier Oberstark

Quelle: Stadt Stolberg

Grundlage des Berichts war ein kleinräumiges Sozialmonitoring auf „Wohnplatzebene“, einem dem Zensus entnommenen Begriff, mit dem es gelingt, lokale Besonderheiten aufzudecken. Die kleinräumige Betrachtung ist von zentraler Bedeutung, heißt es im Bericht, „weil der demografische Wandel, die Ausdifferenzierung von Lebensstilen sowie zunehmende sozioökonomische Disparitäten zu einer wachsenden Heterogenität im Raum führen. Für die Planung ist es wichtig, die Auswirkungen dieser gesellschaftlichen Trends auch regional einordnen zu können. Nur so können planerische Maßnahmen und Strategien räumlich fokussiert und wirtschaftlich effizient gestaltet werden.“

Für die kleinräumige Analyse der sozialen Lage im Kreis wurde das Kreisgebiet in 81 Wohnplätze mit je mindestens 1.000 hier lebenden Personen eingeteilt. „Anschließend wurde ein Index generiert, der die Bedarfe und Herausforderungen in den Wohnplätzen abbilden soll“, erläuterte Dr. Katharina Hörstermann, Sozialplanerin für den Rheinisch-Bergischen Kreis, beim ZiQ-Zirkeltreffen in Essen das methodische Vorgehen.

Zur Berechnung des Index wurden fünf Bereiche mit insgesamt 30 Indikatoren festgelegt. Zu den fünf Bereichen zählen „Ausländische Bevölkerung“, „Arbeit und Soziales, differenziert nach SGB XII- und SGB II-Leistungen“, „Gesundheit“, „Jugendhilfe“ sowie „Pflege und Senioren“.

Zur Illustration hier nur beispielhaft die fünf Indikatoren für den Bereich „Jugendhilfe“. Erstens: Bevölkerungsanteil Minderjährige. Zweitens: Betreuungsquoten unter 3-Jähriger. Drittens: Betreuungsquoten über 3- bis unter 6-Jähriger. Viertens: Anteil geleisteter Hilfen zur Erziehung an den Kin-

dern und Jugendlichen bis 21 Jahren. Fünftens: Anteil geleisteter Eingliederungshilfen nach dem SGB VIII an den Kindern und Jugendlichen bis 21 Jahren.

Nicht jedoch die realen Ausprägungen der Indikatoren fanden Eingang in den Index, stellt Katharina Hörstermann klar, sondern ihre Abweichung zum Mittelwert auf Kreisebene: „Die Abweichungen wurden dann zu einem Gesamtindex aufaddiert, wobei jeder Indikator mit demselben Gewicht in den Index einfluss. Ein hoher Gesamtindex markierte also jene Wohnplätze, die über alle dreißig Indikatoren hinweg häufig oder besonders stark vom Mittelwert abweichen und somit einen besonderen Handlungsbedarf signalisierten.“

Das traf auf neun Wohnplätze im Kreisgebiet zu: die Innenstadt von Wermelskirchen, Cremers Weiden in Leichlingen, das Zentrum Nord in Burscheid sowie sechs Wohnplätze in Bergisch-Gladbach. Für sie wurden auf Basis der nun vorliegenden Daten „Wohnplatzsteckbriefe“, also Stärken-Schwächen-Analysen erstellt.

Für den Wohnplatz „Zentrum-Nord“ in Burscheid ist darin etwa vermerkt, dass rund 30 Prozent der hier lebenden Menschen unter 30 Jahre alt sind, „ein großes Potenzial für zukünftige Entwicklungen, zum Beispiel im Bereich des Arbeitsmarkts.“ Etwa ein Viertel der deutschen und ein Drittel der nicht deutschen Kinder des Wohnplatzes leben in einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft. Und weiter heißt es im Steckbrief: „Aus den Beratungsgesprächen im Jobcenter geht hervor, dass bei den 15- bis unter 30-Jährigen in der Regel ein hoher Förderbedarf bei den Alltagskompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit besteht.“ Eine weitere Erkenntnis aus der Datenerhebung:

Mehr als 50 Prozent der Kinder weisen bei der Schuleingangsuntersuchung ein Defizit in der körperlichen oder sprachlichen Entwicklung auf. Und, besonders dramatisch: Im Jugendamt der Stadt gehen „relativ viele“ Kindeswohlgefährdungsmeldungen aus dem Wohnplatz ein.

Eingehend befasst hat sich mit dieser Sozialdiagnose ein interdisziplinär besetztes Gremium verschiedener Fachplanungen in einer sogenannten Fachplanungskonferenz. Sie ist für Katharina Hörstermann unverzichtbar, denn „auch dreißig Indikatoren bilden nicht die komplette Wirklichkeit ab. Fachplanerinnen und -planer können mit ihrem Erfahrungswissen unser statistisches Wissen optimal ergänzen.“

Beides zusammen befähigte die Konferenz, Handlungsfelder für das Burscheider „Zentrum Nord“ zu benennen, nämlich Familienförderung, Jugendhilfe sowie die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Zugleich entwickelte sie Handlungsempfehlungen für Maßnahmen zur Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern und zur frühzeitigen Förderung von Kindern sowie zur Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen bis 25 Jahren.

Gerichtet sind die Handlungsempfehlungen an die Steuerungsgruppe im Sozialplanungsprozess. In ihr vertreten sind die Jugendhilfe- und Sozialdezernentinnen und -dezernenten aus den kreisangehörigen Kommunen und der Kreisverwaltung, die Geschäftsführung des Jobcenters sowie die Vorsitzenden der Mitgliedsverbände der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege als Beisitzer. Die anschließende Zielvereinbarung und Maßnahmenplanung erfolgte in Zusammenarbeit mit den



Außenansicht des Burscheider Büdchens

Quelle: KJA Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg

Wohlfahrtsverbänden und den vor Ort lebenden Menschen in sogenannten Sozialraumkonferenzen.

Eine der letztlich beschlossenen Maßnahmen war die Errichtung des „Burscheider Büdchens“, ein Projekt im Rahmen des ZiQ-Programms. Von hier, „einem Raum des Austauschs und der Hilfe vor Ort“, werden die Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner an die jeweils zuständige Institution weitergeleitet. Damit bildet das zentral und damit für alle hier Wohnenden leicht erreichbare „Büdchen“ eine Schnittstelle zu Institutionen und Einrichtungen wie etwa dem Jugendamt, dem Jobcenter und den Burscheider Schulen sowie weiteren Beratungsstellen.

Zugleich ist die Einrichtung „kommunales Zentrum des Stadtteils und identitätsstiftender Ort im Viertel“, wie Martin Schäfer von der Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH, dem Träger der Einrichtung, formuliert. „Um Hemmschwellen gegenüber beratender Unterstützung abzubauen“, sagt Martin Schäfer, „lockt das Büdchen mit Coffee to go, Wassereis und dem Verleih von Werkzeug, dessen Kauf sich die Einwohnerinnen und Einwohner nicht leisten können. Ein wechselndes Wochenprogramm mit Elternfrühstück für junge Familien, Sprechstunden für geflüchtete Menschen, Bewerbungsworkshops, Sprechstunden zur Bildungs- und Teilhabeberatung, Spielgruppen sowie Gespräche über sensible Themen wie Schulden- oder Suchtberatung komplettieren das Angebot.“

Das „Burscheider Büdchen“ ist eine von insgesamt drei aus der Datenerhebung resultierenden Maßnahmen. Sie dokumentieren die partnerschaftliche Zusammenarbeit

von Kommunalverwaltung und freien Trägern im Kontext der Armutsbekämpfung und beweisen zugleich, dass der gängige Spruch „Von Daten zu Taten“ alles andere als ein bloßer Slogan ist.

### **Integriertes Handlungskonzept: Kupferstadt Stolberg**

Sicher, die sozialen Brennpunkte einer Kommune sind der Kommunalverwaltung fast immer bekannt. Aber was ist mit den versteckt glimmenden Brandherden, die beim Gang durch die Kommune nicht sinnlich wahrnehmbar sind, wie etwa die auffallend geringe Beteiligung der hier lebenden Menschen bei politischen Wahlen oder eine vergleichsweise hohe Zahl an Kindeswohlgefährdungen wie an einem der Wohnplätze im Rheinisch-Bergischen Kreis, die über kurz oder lang entflammen können?

Rechtzeitig identifizieren lassen sie sich über eine kleinräumige Datenerhebung, wie sie im rund 57.000 Einwohner zählenden Stolberg Ausgangspunkt einer vom Sozialamt initiierten strategischen Sozialplanung der Kommunalverwaltung war. Stolberg, gelegen in der Städteregion Aachen, trägt den offiziellen Beinamen „Kupferstadt“ und gilt zugleich als „älteste Messingstadt der Welt“ – eindeutige Hinweise auf die lange Tradition einer das Wirtschaftsleben dominierenden Metall verarbeitenden Industrie. Aus deren Niedergang im ökonomischen Strukturwandel aber entwickelten sich soziale Folgeprobleme, die eine von der Sozialverwaltung vor Jahren initiierte Datenerhebung für die Gesamtkommune wie auch für einzelne Quartiere anschaulich nachweisen konnte.

Leerstände in der Innenstadt und fehlende Kaufkraft prägen heute das wirtschaft-

liche und soziale Profil der Kupferstadt. Die Hälfte der Haushalte, exakt 51 Prozent, verfügen nur über ein Niedrigeinkommen. Besonders hohe Mindestsicherungsquoten von über 25 Prozent waren in den Stadtteilen Unterstolberg, Oberstolberg und Münsterbusch zu verzeichnen gegenüber einem Durchschnitt in der Gesamtstadt von knapp 14 Prozent. Starke Disparitäten zeigten sich im Vergleich zwischen den Quartieren: Während in Unterstolberg rund 1.800 Menschen in Bedarfsgemeinschaften leben, liegt deren Zahl im Stadtteil Verwegen bei nahezu null. Während im ländlich geprägten Raum der Kommune die politische Beteiligung bei Wahlen am höchsten ist, sinkt sie, je näher das Quartier an der Innenstadt liegt, wo sie am geringsten ist. Sonst noch auffällig: Vier von 16 Stadtteilen verzeichnen einen hohen Migrantenanteil bei starker Segregation.

Auf die daraus resultierenden Herausforderungen reagierte die Stadt mit dem Aufbau einer strategischen Sozialplanung, deren Schwerpunkt seit fünf Jahren die sozialraumorientierte Armutsbekämpfung ist. Einem ersten Sozialbericht zur Bestandsaufnahme und Bedarfsermittlung folgte die Erstellung eines sozialen, fachbereichsübergreifend und mit Beteiligung der Bevölkerung erstellten Leitbilds inklusive der Festlegung von Zielen und Prioritäten. Daraus wiederum ergab sich ein integriertes Handlungskonzept mit maßgeschneiderten Projekten in den Sozialräumen, fokussiert auf besonders benachteiligte Quartiere in der Stadt und verbunden mit exakten Kennzahlen.

Ein integriertes Handlungskonzept mit dem Titel „Berg- und Talachse – miteinander für Münsterbusch, Ober- und Unterstolberg“, sagt Leo Jansen vom Amt für Soziales beim ZiQ-Zirkeltreffen in Essen, umfasst



**ANSPRECHPERSONEN IN DER G.I.B.**

**Lisa Bartling**, Tel.: 02041 767263  
 l.bartling@gib.nrw.de  
**Lars Czommer**, Tel.: 02041 767254  
 l.czommer@gib.nrw.de

**ANSPRECHPERSONEN IM MAGS**

**Wolfgang Kopal**, Tel.: 0211 8553499  
 wolfgang.kopal@mags.nrw.de  
**Gabriele Schmidt**, Tel.: 0211 8553562  
 gabriele.schmidt@mags.nrw.de

**AUTOR**

**Paul Pantel**, Tel.: 02324 239466  
 paul.pantel@vodafoneemail.de

**KONTAKTE**

Der Landrat. Dezernat III – Feuerschutz und  
 Rettungswesen, Soziales, Schule, Gesundheit,  
 Familie und Jugend, Bergisch Gladbach  
**Dr. Katharina Hörstermann**  
 Tel.: 02202 132509  
 sozialplanung@rbk-online.de  
 www.rbk-direkt.de/sozialplanung.aspx

Amt für Soziales der Stadt Stolberg  
 Abt. Sozialplanung & Inklusion  
**Leo Jansen**, Tel.: 02402 13317  
 leo.jansen@stolberg.de

fünf Handlungsfelder. „Erstens: Wohnen, Städtebau und Mobilität. Zweitens: Freiraum und Grünflächen. Drittens: Bildung, Qualifizierung und Arbeit. Viertens: Soziale Infrastruktur und Teilhabe. Fünftens: Zusammenleben, Kultur und Beteiligung.“

Für alle fünf Handlungsfelder wurden insgesamt 47 Maßnahmen entwickelt, realisierbar in zwei Planungsstufen bis hin zum Jahr 2028. Zwei der Maßnahmen sind Projekte im Rahmen des ZiQ-Programms: „Oberstark: Starkes Aufwachsen – Gesund im Quartier Oberstolberg“ sowie „ZOOM – Jugendliche aktiv im Quartier“.

Das erste Projekt, „Oberstark: Starkes Aufwachsen – Gesund im Quartier Oberstolberg“, fokussiert sich auf soziale Teilhabe und lebenspraktische Gesundheitsförderung aller 450 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren in diesem Quartier mit der höchsten Kinderarmut, den größten Gesundheitsbelastungen und der markantesten Bildungsbenachteiligung der Heranwachsenden in der Stadt.

Das Projekt, so Yvonne Rößner vom Sozialdienst Kath. Frauen e. V., der neben dem Helene-Weber-Haus e. V. und „Betreute Schulen Aachen-Land“ als Projektträger fungiert, setzt an zwei Bruchstellen der Stolberger Präventionskette an: der Phase der Einschulung sowie dem Übergang vom Grundschulalter zum Lernen in der Sekundarstufe 1. „Wenn die Prävention gegen Bildungshürden, Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheitsrisiken, soziale und politische Exklusion, psychische und physische Beeinträchtigung greifen soll“, ist Yvonne Rößner überzeugt, „müssen wir die familialen, milieuspezifischen und nachbarschaftlichen Netze im sozialen Nahraum stärken.“

Besondere Beachtung finden dabei die weit über 50 Prozent jener Kinder, die bis jetzt in Armutslagen und mit vielfältigen Entwicklungs- und Gesundheitsrisiken aufwachsen mussten. Gelingen soll das über den Aufbau praktischer Angebote der Gesundheitsförderung in den Feldern Bewegung, Spiel, Begegnung, Ernährung und Gesundheitsverhalten sowie der Stadtteilgestaltung. Unter Beteiligung der Eltern sowie über bürgerschaftliches Engagement soll das Aktionsbündnis „Unsere Kinder in Oberstolberg“ entstehen, verknüpft mit anderen städtebaulichen und sozialplanerischen Maßnahmen des integrierten Handlungskonzepts. Vor allem, aber nicht nur für die jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner ist ein „Begegnungshaus“ geplant, inklusive Stadtteil-Café, Küche, Spiel- und Lernräumen.

Eine weitere Schlüsselmaßnahme im integrierten Handlungskonzept ist das ZiQ-Projekt ZOOM – Jugendliche aktiv im Quartier, das auf die Zielgruppe sozial randständiger Jugendlicher ausgerichtet ist. Ziel ist unter anderem, deren bislang unterdurchschnittliche Partizipation am gesellschaftlichen Leben im Sozialraum zu überwinden und die Jugendlichen „als Experten ihres Lebensraums beziehungsweise ihres Viertels und als die Gestalter ihres Lebens-Weges zu stärken“, sagt Thomas Bell vom Projektträger Jugendberufshilfe e. V.

Aufsuchende Sozialarbeit, Netzwerkarbeit sowie kulturpädagogische Gruppenaktivitäten etwa zum Thema Medien, Video und Fotografie prägen das Projekt. Der Träger:

„Mit unseren Angeboten werden die Bewegungs- und Wahrnehmungshorizonte wie auch die Ausdrucksmöglichkeiten der Jugendlichen mit ihren Talenten und Stärken angeregt und erweitert. Die praktischen Aktivitäten fördern Selbstbewusstsein, Eigensinn, soziale Kontakte und Handlungsalternativen. Zudem wird der Einstieg in die Arbeitswelt nachhaltig unterstützt, gesellschaftlichen Abkopplungsprozessen entgegengewirkt.“

**Alle machen mit**

Das Interesse aller Projektverantwortlichen an den Erfahrungen anderer Projektträger, zeigten die ZiQ-Zirkeltreffen, ist genauso groß wie der Wunsch nach einer intensivierte Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und freien Trägern. Nicht minder stark das Interesse der Sozialplanerinnen und -planer an einer fachbereichsübergreifenden Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene: „Wo sind dabei die größten Hürden, wie lassen sie sich überwinden?“, lauteten die Fragen im Podiumsgespräch. Darüber hinaus tauchten ganz konkrete Fragen auf wie die nach innovativen Beteiligungs- und Aktivierungsformen mit Blick auf die jeweilige Zielgruppe oder nach Outdoor-Angeboten im Winter während der Pandemie. In einem waren sich alle Teilnehmenden einig: Da eine strategische Sozialplanung keine gesetzlich vorgeschriebene Fachplanung ist, bedarf es zu ihrer Realisierung tatkräftiger Initiatorinnen und Initiatoren. Übereinstimmung auch darin: Am besten machen die Fachplanerinnen und -planer aller Ämter mit.